

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/3972
**Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Denkmalschutzgesetzes,
 Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 16/2248
 Auswertung der schriftlichen Anhörung des Bildungsausschusses**

Stellung genommen haben:

Gemeinde Helgoland	Umdruck 16/3622	Ablehnung und Änderungen
Kreis Rendsburg-Eckernförde	Umdruck 16/3746	Änderungen
IG Bauen-Agrar-Umwelt	Umdruck 16/3763	keine Bedenken
Architekten- und Ingenieurkammer	Umdruck 16/3765	Zustimmung und Änderungen
Landesrechnungshof	Umdruck 16/3798	Ablehnung
Landeshauptstadt Kiel	Umdruck 16/3799	Denkmalschutzgesetz nicht verändern
Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes, Mainz	Umdruck 16/3810	Lob und Änderungen
Landwirtschaftskammer	Umdruck 16/3811	Anmerkungen
Schleswig-Holsteinischer Heimatbund	Umdruck 16/3813	keine Bedenken
Landesverband der Wasser- und Bodenverbände	Umdruck 16/3818	Änderung in § 8
Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche	Umdruck 16/3819	Änderung in § 28
Manfred Finke, Lübeck	Umdruck 16/3825	Zustimmung und Änderungen
Verband und AG Wohnungsunternehmen, „Trave“ GmbH	Umdruck 16/3836	Ablehnung und Änderungen
Bauernverband	Umdruck 16/3841	Ablehnung und Änderungen
Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes	Umdruck 16/3842	Ablehnung und Änderungen
Firma Kersig GmbH, Kiel	Umdruck 16/3843	Ablehnung
Erzbistum Hamburg	Umdruck 16/3844	Änderungen
Heimatverband für den Kreis Pinneberg	Umdruck 16/3848	Bedenken
Haus & Grund	Umdruck 16/3850	Ablehnung
Johannes Schindler, Lübeck	Umdruck 16/3851	Änderungen
Stadt Flensburg	Umdruck 16/3852	Zustimmung
Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung	Umdruck 16/3855	keine Bedenken
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Umdruck 16/3856	Ablehnung und Änderungen
IHK	Umdruck 16/3868	Ablehnung
Städteverband und Landkreistag	Umdruck 16/3870 (neu)	Änderungen
Kulturforum Schleswig-Holstein	Umdruck 16/3871	Zustimmung
Prof. Dr. Jörg Haspel, Landesdenkmalamt Berlin	Umdruck 16/3881	Lob und Änderungen
Stiftung zur Erhaltung von Kulturdenkmälern in Elmshorn		keine Änderungswünsche

Auszug aus dem Gesetzentwurf Drs. 16/2248:

§ 1 Denkmalschutz und Denkmalpflege

(1) Denkmalschutz und Denkmalpflege dienen der Erforschung und Erhaltung von Kulturdenkmalen und Denkmalbereichen. Das Land, die Kreise und die Gemeinden fördern diese Aufgabe.

(2) Kulturdenkmale sind Sachen, Gruppen von Sachen oder Teile von Sachen vergangener Zeit, deren Erforschung oder Erhaltung wegen ihres geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, städtebaulichen oder die Kulturlandschaft prägenden Wertes im öffentlichen Interesse liegen. Hierzu gehören auch Garten-, Park- und Friedhofsanlagen und andere von Menschen gestaltete Landschaftsteile, wenn sie die Voraussetzungen des Satzes 1 erfüllen, sowie archäologische Denkmale. Archäologische Denkmale sind bewegliche oder unbewegliche Kulturdenkmale, die sich im Boden, in Mooren oder in einem Gewässer befinden oder befanden und aus denen mit archäologischen Methoden Kenntnis von der Vergangenheit des Menschen gewonnen werden kann. Hierzu gehören auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit sowie Zeugnisse pflanzlichen und tierischen Lebens, wenn sie die Voraussetzungen des Satzes 3 erfüllen.

(3) Denkmalbereiche sind Mehrheiten von Sachen, die durch ihr Erscheinungsbild oder durch ihre Beziehung zueinander von geschichtlichem, wissenschaftlichem, künstlerischem, städtebaulichem oder die Kulturlandschaft prägendem Wert sind. Denkmalbereiche können auch aus Sachen bestehen, die einzeln die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht erfüllen. Denkmalbereiche können insbesondere Stadtgrundrisse, Stadt-, Ortsbilder und –silhouetten, Stadtteile und –viertel, Siedlungen, Gehöftgruppen, Straßenzüge und Plätze, Ensembles, Produktionsstätten und Einzelbauten sein.

(4) Welterbestätten im Sinne dieses Gesetzes sind die gemäß Artikel 11 des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 23. November 1972 der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) (Welterbekonvention; BGBl. II 1977, S. 213) in die „Liste des Erbes der Welt“ eingetragenen Stätten, soweit sie dort nicht als Naturerbe eingetragen sind. Pufferzonen sind gemäß §§ 104 und 105 der Richtlinien zur Durchführung der Welterbekonvention in ihrer Fassung vom 2. Februar 2005 (<http://whc.unesco.org/en/guidelines>) definierte Gebiete um eine Welterbestätte zum Schutz ihres unmittelbaren Umfeldes, wesentlicher Sichtachsen und weiterer wertbestimmender Merkmale. Drucksache 16/2248 Schleswig-Holsteinischer Landtag - 16. Wahlperiode 8

(5) Auf Archivgut finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.

<i>Gemeinde Helgoland, Heimatverband für den Kreis Pinneberg</i>	kritisiert den Wegfall der einfachen Kulturdenkmale
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	„(2) Kulturdenkmale sind Sachen, Gruppen von Sachen oder Teile von Sachen vergangener Zeit, deren Erforschung oder Erhaltung wegen ihres besonderen geschichtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, städtebaulichen oder die Kulturlandschaft prägenden Wertes im öffentlichen Interesse liegen.“
<i>Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes</i>	in den Absätzen 2 bis 4 den Begriff „Sachen“ durch den Begriff „Gegenstände“ ersetzen und in Absatz 3 den Begriff „Stätten“ mit aufnehmen

<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	in Absatz 2 den Begriff „Kulturdenkmal“ um „Funde“ und „Fundstätten“ ergänzen sowie den Begriff „Sammlungen“ aufnehmen
<i>Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	den Begriff des Kulturdenkmals weiter konkretisieren und Denkmalschutz auf das unabdingbar erforderliche Maß und die besonders schutzwürdigen Teile beschränken
<i>Bauernverband</i>	„(2) Kulturdenkmale sind Sachen, Gruppen von Sachen oder Teile von Sachen vergangener Zeit, deren Erforschung und Erhaltung wegen...“
<i>Bauernverband</i>	„(3) Denkmalsbereiche sind Mehrheiten von Sachen, die durch ihr Erscheinungsbild oder durch ihre Beziehung zueinander von besonderer geschichtlicher, wissenschaftlicher, künstlerischer, städtebaulicher oder die Kulturlandschaft prägender Bedeutung sind...“
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	in Absatz 3 den Begriff „Archäologische Denkmalsbereiche (Grabungsschutzgebiete)“ aufnehmen
<i>Manfred Finke</i>	Müssen die UNESCO-Adresse bzw. -Literatur im Gesetz auftauchen?
<i>Johannes Schindler, Lübeck</i>	in Absatz 4 Welterbestätten näher definieren
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	„(5) Auf staatliches bzw. öffentliches Archiv-, Museums- oder Sammlungsgut finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.“

§ 2

Denkmalschutzbehörden

(1) Der Denkmalschutz obliegt dem Land, den Kreisen und den kreisfreien Städten. Die Kreise und kreisfreien Städte nehmen diese Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung wahr.

(2) Denkmalschutzbehörden sind:

1. die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident als oberste Denkmalschutzbehörde,
2. das Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein und das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein als obere Denkmalschutzbehörden,
3. die Landrätin oder der Landrat für die Kreise und die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister für die kreisfreien Städte als untere Denkmalschutzbehörden.

Die Aufgaben der oberen Denkmalschutzbehörden werden für den Bereich der Hansestadt

<p>Lübeck von deren Bürgermeisterin oder Bürgermeister wahrgenommen.</p> <p>(3) Die unteren Denkmalschutzbehörden sind für den Vollzug dieses Gesetzes zuständig, soweit nicht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes etwas anderes bestimmt ist.</p> <p>(4) Die oberen Denkmalschutzbehörden sind zugleich Fachaufsichtsbehörden über die unteren Denkmalschutzbehörden. Die oberen und unteren Denkmalschutzbehörden haben die jeweils zuständige Denkmalschutzbehörde über alle Vorgänge zu unterrichten, die deren Eingreifen erfordern.</p> <p>(5) Das Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein ist zuständig für den Schutz und die Pflege der Kulturdenkmale und Denkmalbereiche mit Ausnahme der archäologischen Denkmale. Das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein ist zuständig für die archäologischen Denkmale und archäologische Denkmalbereiche (Grabungsschutzgebiete).</p> <p>(6) Die oberste Denkmalschutzbehörde kann durch Verordnung Zuständigkeiten nach diesem Gesetz auf die oberen oder die unteren Denkmalschutzbehörden übertragen, wenn dies für die Erledigung bestimmter Aufgaben zweckmäßiger ist. Widerspruchsbehörde bei Verwaltungsakten der unteren Denkmalschutzbehörden ist die fachlich zuständige obere Denkmalschutzbehörde.</p>	
<i>Landesrechnungshof</i>	fordert die Zentralisierung des Denkmalschutzes beim Land (mit Lübeck als Außenstelle) im Interesse einer wirtschaftlicheren und verbesserten Aufgabenerfüllung
<i>Städteverband und Landkreistag</i>	fordert in Absatz 6 eine weitere Verlagerung von Zuständigkeiten auf die unteren Denkmalschutzbehörden und lehnt die Rückübertragung der Zuständigkeit für denkmalrechtliche Widerspruchsbescheide an das Landesamt ab
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	in Absatz 2 die Ressortierung offen formulieren; Sonderregelung für die Hansestadt Lübeck im Gesetz streichen
<i>Manfred Finke</i>	Lübecker Denkmalamt sollte dem Landesamt für Denkmalpflege in Kiel unterstellt bzw. Teil desselben werden
<p>§ 3 Ehrenamtliche Tätigkeit in der Denkmalpflege</p> <p>(1) Die oberen Denkmalschutzbehörden können ehrenamtliche Vertrauensleute für Kulturdenkmale bestellen. Die Vertrauensleute unterrichten die Denkmalschutzbehörden und unterstützen sie bei der Denkmalpflege.</p> <p>(2) Das Nähere über die Bestellung, Amtsdauer und Entschädigung regelt die oberste Denkmalschutzbehörde durch Verordnung.</p>	
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	§ 3 streichen
<i>Städteverband und Landkreistag, Christian-</i>	wünschen sich eine Beteiligung der unteren Denkmalschutzbehörden der Kreise bei der Auswahl der Vertrauensleute

<i>Albrechts-Universität zu Kiel</i>	
§ 4 Denkmalrat	
<p>(1) Die oberste Denkmalschutzbehörde beruft zur Beratung der Denkmalschutzbehörden einen Denkmalrat.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Denkmalrates sind ehrenamtlich tätig. Das Nähere über die Berufung, Amtsdauer, Entschädigung, Zusammensetzung und Geschäftsführung des Denkmalrates regelt die oberste Denkmalschutzbehörde durch Verordnung.</p>	
<i>Architekten- und Ingenieurk.</i>	Denkmalrat als Mediations-Instanz nutzen: Vor einer Feststellungsklage sollte zunächst der Denkmalrat gehört werden.
<i>Haus & Grund</i>	Denkmalrat soll wie bisher in einem Vorverfahren zwischen den Beteiligten eine einvernehmliche Lösung anstreben
<i>Städteverband und Landkreistag</i>	wenn Überprüfung denkmalpflegerischer Entscheidungen in einem unabhängigen Gremium aus Vertretern unterschiedlicher Interessenverbände des Landes entfällt, wird Denkmalrat entbehrlich
<i>Verband und AG Wohnungsunternehmen</i>	Denkmalrat als vermittelnde Instanz bei Widerspruchsverfahren anhören
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	in der Gesetzesbegründung klarstellen, dass zur Beratung im Sinne von Absatz 1 die Anhörung des Denkmalrates vor der Widerspruchsentscheidung gehört
<i>Landwirtschaftskammer</i>	Vertreter mit landwirtschaftlichem Sachverstand einbinden
§ 5 Das Denkmalsbuch	
<p>(1) Kulturdenkmale sind nachrichtlich in das Denkmalsbuch einzutragen. Der Schutz nach diesem Gesetz ist nicht von der Eintragung der Kulturdenkmale in das Denkmalsbuch abhängig. Die oberen Denkmalschutzbehörden führen das Denkmalsbuch für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich.</p> <p>(2) Die Denkmalsbücher sollen elektronisch geführt werden. Die oberste Denkmalschutzbehörde legt durch Verordnung fest, welche Daten in den Denkmalsbüchern nach Absatz 1 zu verarbeiten und welche dieser Daten zu veröffentlichen sind.</p> <p>(3) Vor der Eintragung sind die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Besitzerinnen oder Besitzer oder die sonst Verfügungsberechtigten zu benachrichtigen; können diese nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden, gilt die Veröffentlichung der Eintragung im Denkmalsbuch als öffentliche Benachrichtigung. Benachrichtigt werden auch die Gemeinde, in deren Gebiet das Kulturdenkmal liegt, sowie die Träger öffentlicher Belange. Die Bücher sind auf Antrag oder von Amts wegen zu berichtigen, wenn sich die Voraussetzungen für die Eintragung geändert haben.</p>	

<p>(4) Die Einsicht in das beim Archäologischen Landesamt und dem Bereich Archäologie der Hansestadt Lübeck geführte Denkmalsbuch ist nur Personen gestattet, die ein berechtigtes Interesse nachweisen.</p> <p>(5) Die vor dem 31. Dezember 2008 in das Denkmalsbuch eingetragenen Kulturdenkmale gelten insoweit als nach diesem Gesetz in seiner ab 31. Dezember 2008 geltenden Fassung in das Denkmalsbuch eingetragen.</p>	
<i>Gemeinde Helgoland, IHK</i>	lehnen die Umstellung von der konstitutiven zur deklaratorischen Eintragung von Kulturdenkmälern in das Denkmalsbuch und eine Ausweitung des Denkmalschutzes ab
<i>Verband und AG Wohnungsunternehmen</i>	lehnen die Umstellung auf das deklaratorische Verfahren vehement ab und fordern eine frühzeitige Anhörung der Betroffenen
<i>Bauernverband, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	lehnen die Umstellung vom konstitutiven zum nachrichtlichen Eintragungsverfahren und die Aufgabe der Unterscheidung zwischen einfachen Kulturdenkmälern und Kulturdenkmälern von besonderer Bedeutung ab
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	lehnt die Umstellung vom konstitutiven zum nachrichtlichen Eintragungsverfahren vehement ab; in Absatz 2 Satz 2 fehlen Zweck und Ausmaß der erteilten Verordnungsmächtigung
<i>Firma Kersig GmbH (Kiel), Haus & Grund</i>	lehnen die Umstellung vom konstitutiven zum nachrichtlichen Eintragungsverfahren und die „Ausuferung des Denkmalschutzes auf zeitgenössische Nachkriegsgebäude“ ab, die notwendige Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen behindern
<i>Heimatverband für den Kreis Pinneberg</i>	Bedenken gegen die Umstellung vom konstitutiven zum nachrichtlichen Eintragungsverfahren
<i>Manfred Finke</i>	begrüßt die Umstellung vom konstitutiven zum deklaratorischen Verfahren
<i>Johannes Schindler, Lübeck</i>	Bedenken gegen die elektronische Führung des Denkmalsbuches (Absatz 2)
<i>Städteverband und Landkreistag, Kreis Rendsburg-Eckernförde</i>	fordern die abschließende Bewertung der bisherigen archäologischen Kulturdenkmale, technischen Kulturdenkmale und Baudenkmale sowie historischen Gärten durch die oberen Denkmalschutzbehörden; Absatz 3: Benachrichtigung der Eigentümer durch die oberen Denkmalschutzbehörden, und zwar nicht vor der Eintragung; Kosten: „Für die Denkmalschutzbehörden sind Auszüge aus Büchern, Schriftstücken, dem amtlichen Liegenschaftskataster und dem amtlichen Liegenschaftsbuch frei von Gebühren und Auslagen.“ angemessene öffentliche Benachrichtigung; zeitgleiche Benachrichtigung der Gemeinde und der Träger öffentlicher Belange; in Absatz 5 klären, inwieweit Altunterschützstellungen, z. T. partiell und unbestimmt, weiter gelten oder ausgedehnt werden

<i>Architekten- und Ingenieurkammer</i>	begrüßt den Wechsel von zwei Denkmalkategorien zu einer und die Umstellung vom konstitutiven auf das deklaratorische Unterschutzstellungsverfahren, die zu größerer Rechtssicherheit führen wird. Absatz 3: Die Eigentümer sind von (nicht vor) der Eintragung zu benachrichtigen.
<i>Landwirtschaftskammer</i>	begrüßt die Einführung des einheitlichen Begriffs „Kulturdenkmal“, die der Vereinfachung dient
<i>Landeshauptstadt Kiel</i>	Unterscheidung von besonderen und einfachen Kulturdenkmälern aufrechterhalten
<i>Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes</i>	„(3) Von der Eintragung sollen die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Besitzerinnen oder Besitzer oder die sonst Verfügungsberechtigten benachrichtigt werden. Mit der Benachrichtigung der Eigentümerinnen und Eigentümer, der Besitzerinnen oder Besitzer oder der sonst Verfügungsberechtigten und der nachrichtlichen Eintragung der Kulturdenkmale in das Denkmalsbuch sind Rechtswirkungen nicht verbunden. “
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	„(3) Von der Eintragung sind die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Besitzerinnen oder Besitzer oder die sonst Verfügungsberechtigten umgehend zu benachrichtigen.“
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	Absatz 4 streichen
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	Formulierung „Denkmalsbuch“ und „Denkmalsbücher“ überprüfen und vereinheitlichen
<i>Manfred Finke</i>	Was wird aus den bisherigen einfachen Kulturdenkmälern?
§ 6 Handhabung des Gesetzes Bei allen Maßnahmen ist auf die berechtigten Belange der Verpflichteten Rücksicht zu nehmen.	
<i>Gemeinde Helgoland, IHK</i>	„Bei allen Maßnahmen ist auf die berechtigten Belange der Verpflichteten Rücksicht zu nehmen, insbesondere deren berechnete wirtschaftliche Belange. “
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	„Bei allen Maßnahmen ist auf die berechtigten Belange der Verpflichteten, insbesondere die Wirtschaftlichkeit , Rücksicht zu nehmen.“
<i>Bauernverband</i>	„Bei allen Maßnahmen ist auf die berechtigten Belange, insbesondere wirtschaftlichen Belange , der Verpflichteten Rücksicht zu nehmen. Die Denkmalschutzbehörden haben zu prüfen, ob bei Maßnahmen zur Durchführung dieses Gesetzes oder der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften der Zweck auch durch vertragliche Regelungen erreicht werden kann. Soweit dies der Fall ist, sind sie ordnungsrechtlichen Maßnahmen vorzuziehen. “

<i>Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes</i>	Diese Regelung stärkt die Rechte der Eigentümer, denn auch beim Schutz des eigenen Denkmals gegen Einwirkungen Dritter muss auf die berechtigten Belange des Denkmaleigentümers Rücksicht genommen werden (öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch).
<i>Erzbistum Hamburg</i>	„Bei allen Maßnahmen ist auf die berechtigten Belange der Verpflichteten Rücksicht zu nehmen. Maßnahmen nach Satz 1 in Bezug auf Denkmale nichtstaatlicher, gemeinnütziger Organisationen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, erfolgen im Benehmen mit den zuständigen Stellen solcher Organisationen. “ - Dieses Abstimmungsgebot gilt auch bei einem Eigentumswechsel eines Grundstücks mit einem Denkmal auf die Kirche im Wege des Erbgangs nach § 9.
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	§ 6 streichen
<p>§ 7 Genehmigungspflichtige Maßnahmen</p> <p>(1) Der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde bedürfen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Instandsetzung, die Veränderung und die Vernichtung eines Kulturdenkmals, 2. die Überführung eines Kulturdenkmals von heimatgeschichtlich oder landschaftlich bedingter Bedeutung an einen anderen Ort, 3. die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals, wenn sie geeignet ist, den Eindruck des Kulturdenkmals wesentlich zu beeinträchtigen, 4. die Veränderung innerhalb eines festgelegten Denkmalbereichs und in seiner Umgebung, wenn die Veränderung geeignet ist, den Denkmalbereich oder Teile des Denkmalbereichs wesentlich zu beeinträchtigen, 5. Veränderungen in der festgelegten Pufferzone einer Welterbestätte, wenn sie geeignet sind, das unmittelbare Umfeld, wesentliche Sichtachsen und weitere wertbestimmende Merkmale der Welterbestätte wesentlich zu beeinträchtigen; Nummer 3 bleibt unberührt. Die Genehmigung ist schriftlich oder zur Niederschrift zu beantragen. Vor Erteilung der Genehmigung hat die untere Denkmalschutzbehörde die Zustimmung der oberen Denkmalschutzbehörde einzuholen. In den Fällen zu Nummer 2 tritt die obere Denkmalschutzbehörde an die Stelle der unteren Denkmalschutzbehörde, wenn das Kulturdenkmal aus dem Bezirk einer unteren Denkmalschutzbehörde in den einer anderen überführt wird. Soweit es zur Entscheidung über die Genehmigung erforderlich ist, kann die obere Denkmalschutzbehörde verlangen, dass ihr die Untersuchung des Kulturdenkmals oder seiner Umgebung ermöglicht wird. Ist es für diese Untersuchung im Einzelfall nötig, Sachverständige oder sachverständige Stellen heranzuziehen, hat die Antragstellerin oder der Antragsteller im Rahmen des Zumutbaren die hierdurch entstehenden Kosten zu tragen oder zu diesen Kosten beizutragen. <p>(2) Die Genehmigung kann versagt werden, soweit dies zum Schutz des Kulturdenkmals oder des Denkmalbereichs erforderlich ist. Sie ist zu erteilen, wenn Gründe des Denkmalschutzes nicht entgegenstehen und der Status als Welterbestätte nicht gefährdet ist oder ein überwiegendes öffentliches Interesse die Maßnahme verlangt. Ein überwiegendes öffentliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn eine Maßnahme aus Gründen der öffentlichen Sicherheit durchgeführt werden muss. Bei Gefahr im Verzug ist keine Genehmigung erforderlich; in diesen Fällen ist die untere Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu informieren. Betrifft die Genehmigung nach Absatz 1 ein Denkmal eines Trägers der öffentlichen Verwaltung, das dem allgemeinen Besucherverkehr dient, berücksichtigt die Denkmalschutzbehörde die Belange behinderter und anderer in der Mobilität beeinträchtigter Menschen.</p>	

<p>(3) Die zuständige Denkmalschutzbehörde prüft den Antrag innerhalb von vier Wochen auf Vollständigkeit; ist der Antrag unvollständig oder weist er sonstige erhebliche Mängel auf, fordert sie die Antragstellerin oder den Antragsteller zur Behebung der Mängel innerhalb einer angemessenen Frist auf. Werden die Mängel nicht innerhalb der Frist behoben, gilt der Antrag als zurückgenommen. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die zuständige Denkmalschutzbehörde nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der vollständigen Antragsunterlagen bei der Denkmalschutzbehörde einen Bescheid erlassen hat. Sie erlischt, wenn mit der Maßnahme nach Absatz 1 nicht innerhalb dreier Jahre nach Erteilung der Genehmigung begonnen worden oder eine begonnene Maßnahme länger als ein Jahr unterbrochen ist, es sei denn, in anderen Rechtsvorschriften ist etwas anderes bestimmt; die Frist von einem Jahr kann auf Antrag bis zu zwei Jahre verlängert werden.</p> <p>(4) Wird eine nach diesem Gesetz genehmigungspflichtige Handlung ohne Genehmigung, unsachgemäß oder im Widerspruch zu den Nebenbestimmungen durchgeführt, kann die zuständige Denkmalschutzbehörde verlangen, dass die Arbeiten sofort eingestellt werden und der bisherige Zustand wiederhergestellt oder das Kulturdenkmal auf andere geeignete Weise instand gesetzt wird. Bei Gefahr im Verzug kann die zuständige Denkmalschutzbehörde bis zu ihrer Entscheidung nach Satz 1 die Einstellung der Arbeiten anordnen. Die Baueinstellung nach den bauordnungsrechtlichen Vorschriften bleibt unberührt.</p>	
<i>Verband und AG Wohnungsunternehmen, Haus & Grund</i>	fordern, in Absatz 1 Instandsetzungsarbeiten als genehmigungspflichtige Maßnahme zu streichen, um notwendige energetische Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen nicht zu behindern
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	die genehmigungspflichtigen Maßnahmen dürfen nur für eingetragene Kulturdenkmale von besonderem Wert gelten; Absatz 1 Sätze 3 und 6 sowie Absatz 3 Satz 2 streichen; in Absatz 3 Satz 4 klarstellen, dass sowohl die Beginnfrist als auch die Unterbrechungsfrist bei fiktiven und bei realen Genehmigungen um jeweils bis zu einem Jahr verlängert werden kann, und zwar auch rückwirkend, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der Bauaufsichtsbehörde eingegangen ist
<i>Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	genehmigungspflichtige Vorhaben weiter konkretisieren und damit einen Teil der Maßnahmen ohne Genehmigung ermöglichen (z. B. kleinere Instandsetzungsarbeiten); Absatz 1 Satz 6 streichen; die Genehmigung ist auch zu erteilen, wenn ein überwiegendes privates Interesse die Maßnahme verlangt (Absatz 2 Satz 2); auch bei privaten Objekten sollen die Belange behinderter und anderer in der Mobilität beeinträchtigter Menschen berücksichtigt werden (Absatz 2 Satz 5)
<i>Bauernverband</i>	in Absatz 1 den Begriff der Zumutbarkeit definieren (wie in § 5 Abs. 5 Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Absatz 2 eine Abwägungsklausel zwischen dem Gemeinwohl und den privaten Belangen einfügen, in Absatz 4 das Wort „unsachgemäß“ streichen
<i>Städteverband und Landkreistag, Kreis Rendsburg-Eckernförde</i>	in Absatz 1 ist der generelle Zustimmungsvorbehalt der oberen Denkmalschutzbehörde entbehrlich; Absatz 2 Sätze 3 und 4 streichen (öff. Sicherheit, Gefahr im Verzug); nach Absatz 4 Satz 1 einfügen: „ Die Eigentümer, Besitzer und Verfügungsberechtigten sind zur Duldung angeordneter Wiederherstellungsmaßnahmen verpflichtet. “

	<p>neu einfügen: „Genehmigungspflicht für Bodeneingriffe, Nutzungsänderungen und Nachforschungen; Kostenerstattungspflicht:</p> <p>(1) Der Genehmigung der Denkmalschutzbehörde bedarf, wer Erdarbeiten, Bauarbeiten oder Gewässerbaumaßnahmen an einer Stelle, von der bekannt oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden, ausführen will, die bisherige Bodennutzung von Grundstücken von denen bekannt ist, dass sie im Boden Kulturdenkmale bergen, ändern will.</p> <p>(2) Nachforschungen, insbesondere Grabungen, mit dem Ziel, Kulturdenkmale zu entdecken, bedürfen der Genehmigung der zuständigen Landesoberbehörde für den Denkmalschutz.</p> <p>(3) Die Träger größerer öffentlicher oder privater Bauvorhaben oder Erschließungsvorhaben oder Vorhaben zum Abbau von Rohstoffen oder Bodenschätzen als Veranlasser können im Rahmen des Zumutbaren zur Erstattung der Kosten archäologischer Ausgrabungen, der konservatorischen Sicherung der Funde und der Dokumentation der Befunde verpflichtet werden. Die Festsetzung des Erstattungsbetrages erfolgt durch die höhere Denkmalschutzbehörde.“ (§ 14 DSchG Sachsen)</p>
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	in Absatz 1 Nummer 2 streichen und als genehmigungspflichtige Maßnahme „forschungsbedingte Eingriffe in den Denkmalbestand“ neu aufnehmen
<i>Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung</i>	begrüßt die Berücksichtigung der Belange behinderter und anderer in der Mobilität beeinträchtigter Menschen (Absatz 2, letzter Satz), wünscht sich allerdings generell eine deutlichere Gewichtung des Aspektes der Barrierefreiheit bei der Abwägung mit Belangen des Denkmalschutzes
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	„(2) Die Genehmigung kann versagt werden... untere Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu informieren. Die Denkmalbehörden berücksichtigen bei ihren Entscheidungen die Belange mobilitätsbehinderter Personen.“
<i>Haus & Grund</i>	„(3) Die zuständige Denkmalschutzbehörde prüft... Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die zuständige Denkmalschutzbehörde nicht innerhalb von einem Monat nach Eingang der vollständigen Antragsunterlagen bei der Denkmalschutzbehörde einen Bescheid erlassen hat.“
<i>Manfred Finke</i>	<p>Eigener Absatz: „Soweit es zur Entscheidung über die Genehmigung erforderlich ist, kann die obere Denkmalschutzbehörde verlangen, dass ihr die Untersuchung des Kulturdenkmals oder seiner Umgebung ermöglicht wird. Ist es für diese Untersuchung im Einzelfall nötig, Sachverständige oder sachverständige Stellen heranzuziehen, hat die Antragstellerin oder der Antragsteller im Rahmen des Zumutbaren die hierdurch entstehenden Kosten zu tragen oder zu diesen Kosten beizutragen.“ (Einführung des Verursacherprinzips und Institutionalisierung der Baudenkmalpflege);</p> <p>In Absatz 2 sollte das „überwiegende öffentliche Interesse nur bei „Gefahr im Verzuge“ geltend gemacht werden. Die Belange von behinderten Personen müssen nicht im Denkmalschutzgesetz festgeschrieben werden.</p> <p>Absatz 4 wird ausdrücklich begrüßt.</p>

§ 8

Vorhaben in Böden und Gewässern

(1) Werden durch Vorhaben in Böden oder Gewässern archäologische Untersuchungen, Bergungen, Dokumentationen und Veröffentlichungen notwendig, ist der Träger des Vorhabens im Rahmen des Zumutbaren zur Deckung der Gesamtkosten verpflichtet. Soweit die Höhe der Kosten nicht einvernehmlich in einem öffentlichrechtlichen Vertrag geregelt wird, wird sie in einem Bescheid der zuständigen oberen Denkmalschutzbehörde festgesetzt.

(2) Vorhaben im Sinne des Absatzes 1 bedürfen der Anzeige bei der oberen Denkmalschutzbehörde, sofern bekannt ist oder zureichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich dort archäologische Kulturdenkmale befinden.

<i>Landwirtschaftskammer</i>	keine unzumutbaren Härten für Landwirte
<i>Bauernverband</i>	Vorschrift streichen oder nur auf öffentliche Vorhaben oder zumindest „Großbauvorhaben“ beschränken
<i>Verband und AG Wohnungsunternehmen</i>	Absatz 1 streichen, weil Denkmalschutz im Allgemeininteresse liegt und deshalb von der Allgemeinheit zu finanzieren ist
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	Vorhabenträger von Veröffentlichungskosten freihalten
<i>Landesverband der Wasser- und Bodenverbände</i>	„(1) ...ist der Verursacher des Vorhabens im Rahmen des Zumutbaren zur Deckung der Gesamtkosten verpflichtet...“ (bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie also das Land und nicht der örtlich zuständige Wasser- und Bodenverband als „Träger“ der Maßnahme)
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	die Formulierung in Absatz 2 ist unscharf bzw. konfliktrichtig

§ 9

Mitteilungspflicht bei Eigentümerwechsel

Bei einer Änderung der Eigentümerin oder des Eigentümers eines Kulturdenkmals hat die bisherige Eigentümerin oder der bisherige Eigentümer, im Erbfall die Erbin oder der Erbe, der oberen Denkmalschutzbehörde unverzüglich Namen und Anschrift der neuen Eigentümerin oder des neuen Eigentümers mitzuteilen. § 90 Abs. 3 Satz 2 der Gemeindeordnung bleibt unberührt.

<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	§ 9 streichen
<i>Bauernverband</i>	§ 9 streichen
<i>Arbeitsgemeinschaft des</i>	hält die Verpflichtungen der §§ 9, 10, 11 und 12 in all den Fällen für unzumutbar, in denen die Eigentümer nichts von

<i>Grundbesitzer</i>	der Kulturdenkmaleigenschaft ihres Besitzes wissen
<p>§ 10 Erforschung eines Kulturdenkmals</p> <p>(1) Wer zum Zweck der Erforschung eines Kulturdenkmals in dessen Bestand eingreift, bedarf der Genehmigung der oberen Denkmalschutzbehörde. Die Genehmigung kann versagt werden, soweit dies zum Schutz des Kulturdenkmals erforderlich ist.</p> <p>(2) § 7 Abs. 4 gilt entsprechend.</p>	
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	§ 10 streichen
<i>Manfred Finke</i>	die Erforschung eines Kulturdenkmals vor Eingriff zwecks Sanierung/Umbau sollte verpflichtend vorgeschrieben werden
<p>§ 11 Erhaltung eines Kulturdenkmals</p> <p>(1) Die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Besitzerinnen und Besitzer oder die sonst Verfügungsberechtigten haben für die Erhaltung eines Kulturdenkmals zu sorgen, soweit ihnen das zumutbar ist.</p> <p>(2) Handlungen, die geeignet sind, ein Kulturdenkmal zu schädigen oder zu gefährden, können untersagt werden.</p> <p>(3) Soweit die in Absatz 1 genannten Personen der Verpflichtung nach Absatz 1 nicht nachkommen, kann die obere Denkmalschutzbehörde auf deren Kosten die notwendigen Anordnungen treffen.</p>	
<i>Johannes Schindler, Lübeck</i>	<p>„(1) Die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Besitzerinnen und Besitzer oder die sonst Verfügungsberechtigten haben für die Erhaltung eines Kulturdenkmals zu sorgen, soweit ihnen das zumutbar ist. Land, Kreisen und Gemeinden obliegt die Verpflichtung, die in ihrem Eigentum befindlichen Baudenkmäler fach- und sachgerecht zu unterhalten; für eine Veräußerung ist die Genehmigung der oberen Denkmalschutzbehörde einzuholen.“</p> <p>in Absatz 3 die Wörter „auf deren Kosten“ streichen, klarstellen, dass die Denkmalschutzbehörde im Falle der Nichtbefolgung der Unterhaltungsverpflichtung nach erfolgloser Anordnung eine Ersatzvornahme gem. § 238 LVwG vornehmen kann, und regeln, ob und in welchem Umfang die Denkmalschutzbehörde auf Verwaltungskosten selbst Unterhaltungsarbeiten vornehmen kann, wenn die Zumutbarkeit gem. § 11 Abs. 1 nicht gegeben ist</p>
<i>Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	in Absatz 2 die schädigenden Handlungen genauer konkretisieren

<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	Absatz 2 streichen
<i>Bauernverband</i>	in Absatz 3 die Worte „auf deren Kosten“ streichen, den Vorbehalt der Zumutbarkeit aufnehmen und klarstellen, dass es nur um Anordnungen zur Erfüllung der Erhaltungspflicht durch den Verpflichteten selbst geht
<i>Manfred Finke</i>	Absatz 3 wird ausdrücklich begrüßt
§ 12 Auskunftspflicht und Betretungsrecht	
<p>Die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Besitzerinnen und Besitzer oder die sonst Verfügungsberechtigten haben den Denkmalschutzbehörden und ihren Beauftragten die Besichtigung von Kulturdenkmälern zu gestatten und ihnen Auskunft zu geben, soweit dies zur Durchführung des Denkmalschutzes erforderlich ist. Das Gleiche gilt, wenn ein Kulturdenkmal vermutet wird. Das Betreten von Wohnungen ist gegen den Willen der in Satz 1 genannten Personen nur bei Gefahr im Verzug oder aufgrund einer richterlichen Anordnung zulässig. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt.</p>	
<i>Kreis Rendsburg-Eckernfö.</i>	Ergänzung: „ Bei Gefahr in Verzug, Verdacht oder Vorliegen einer Ordnungswidrigkeit und/oder Straftat sind die Denkmalschutzbehörden und ihre Beauftragten berechtigt, betroffene Grundstücke unangemeldet zu betreten. “
§ 13 Datenschutz	
<p>Die Denkmalschutzbehörden dürfen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Informationen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über den Charakter und den Zustand eines vermuteten oder festgestellten Kulturdenkmals sowie 2. aus den Grundbüchern Namen und Anschrift von Eigentümerinnen und Eigentümern und von Besitzerinnen und Besitzern sowie sonstigen Verfügungsberechtigten sowie 3. Daten zur Belegenheit des Kulturdenkmals erheben, speichern und weiterverarbeiten. Zum gleichen Zweck sind sie befugt, die Daten den Gemeinden und unteren Bauaufsichtsbehörden zu übermitteln. 	
<i>Manfred Finke</i>	Wie weit geht die Auskunftspflicht gegenüber der interessierten Öffentlichkeit?

**§ 14
Funde**

- (1) Wer Sachen, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen entdeckt, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, hat dies unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen.
- (2) Die nach Absatz 1 Verpflichteten haben den Fund und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt nach Ablauf einer von der oberen Denkmalschutzbehörde festgelegten angemessenen Frist.

Johannes Schindler, Lübeck

die Verpflichtung soll weiter auch für den Eigentümer oder Leiter einer Arbeit bestehen

**§ 15
Wissenschaftliche Bearbeitung**

Ein gefundenes (§ 14) oder ausgegrabenes (§ 18) bewegliches Kulturdenkmal ist der oberen Denkmalschutzbehörde unbeschadet des Eigentumsrechts auf Verlangen befristet zur wissenschaftlichen Bearbeitung auszuhändigen.

**§ 16
Ablieferung**

- (1) Das Land, der Kreis und die Gemeinde, in deren Gebiet ein bewegliches Kulturdenkmal gefunden worden ist, haben in dieser Reihenfolge das Recht, die Ablieferung zu verlangen. Bei Funden im Gebiet der Hansestadt Lübeck steht dieses Recht der Hansestadt Lübeck, wenn diese von ihrem Recht keinen Gebrauch macht, dem Land zu.
- (2) Die Ablieferung kann nur verlangt werden, wenn Tatsachen vorliegen, nach denen zu besorgen ist, dass sich der Erhaltungszustand des Gegenstandes verschlechtern wird oder der Gegenstand der Denkmalpflege verlorengeht.
- (3) Die Ablieferung kann nicht mehr verlangt werden, wenn
1. seit der Mitteilung drei Monate verstrichen sind; dies gilt nicht, wenn die Berechtigten innerhalb der Frist gegenüber den Eigentümerinnen oder Eigentümern sich das Recht, die Ablieferung zu verlangen, vorbehalten haben,
 2. die Eigentümerinnen oder Eigentümer den Berechtigten die Ablieferung des Kulturdenkmals, bevor über die Ablieferungspflicht entschieden ist, angeboten und die Berechtigten das Angebot nicht binnen drei Monaten angenommen haben.
- (4) Die obere Denkmalschutzbehörde entscheidet auf Antrag einer oder eines Beteiligten, ob die Voraussetzungen der Ablieferung vorliegen.

**§ 17
Öffentliche Planungen und Maßnahmen**

Bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen, die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege berühren können, sind die unteren und oberen Denkmalschutzbehörden so frühzeitig zu beteiligen, dass diese Belange in die Abwägung mit anderen Belangen eingestellt und die Erhaltung und Nutzung der

Kulturdenkmale und Denkmalbereiche sowie eine angemessene Gestaltung ihrer Umgebung sichergestellt werden können.

Manfred Finke

der Zeitpunkt „so frühzeitig...“ sollte genau begrenzt werden

§ 18

Einsatz von Suchgeräten und Inbesitznahme von Kulturdenkmälern

(1) Wer auf dem Land oder auf dem Grund eines Gewässers

1. archäologische Methoden anwendet, die geeignet sind, Kulturdenkmale aufzufinden,
2. Mess- und Suchgeräte verwendet, die geeignet sind, Kulturdenkmale aufzufinden, ohne dazu nach anderen Rechtsvorschriften befugt zu sein,
3. Grabungen oder taucherische Bergungen durchführt, ohne dazu nach anderen Rechtsvorschriften befugt zu sein, oder
4. ein durch Grabung oder taucherische Bergung zu Tage getretenes Kulturdenkmal ganz oder teilweise in Besitz nimmt, bedarf der Genehmigung der oberen Denkmalschutzbehörde. Die Genehmigung kann versagt werden, soweit dies zum Schutz der Kulturdenkmale erforderlich ist.

(2) § 7 Abs. 4 gilt entsprechend.

Manfred Finke

§ 18 gehört inhaltlich unmittelbar vor oder hinter § 15

§ 19

Denkmalbereiche und Welterbestätten

(1) Denkmalbereiche werden von der obersten Denkmalschutzbehörde durch Verordnung festgelegt. In der Verordnung sind

1. der Schutzgegenstand,
2. der Schutzzweck und
3. die zur Erreichung des Schutzzwecks erforderlichen Genehmigungsvorbehalte zu regeln.

(2) Welterbestätten werden entsprechend Absatz 1 als Denkmalbereiche ausgewiesen. In die Verordnung sind neben dem Schutzgegenstand Pufferzonen zum Schutz ihres unmittelbaren Umfeldes, wesentlicher Sichtachsen und weiterer wertbestimmender Merkmale aufzunehmen.

(3) Als archäologische Denkmalbereiche (Grabungsschutzgebiete) werden durch Verordnung nach Absatz 1 bestimmte abgegrenzte Bezirke festgelegt, in denen Kulturdenkmale zu vermuten sind. In Grabungsschutzgebieten bedürfen Arbeiten, die Kulturdenkmale gefährden können, der Genehmigung der oberen Denkmalschutzbehörde.

(4) Die oberste Denkmalschutzbehörde kann in der Verordnung nach Absatz 1 Art und Umfang der genehmigungsbedürftigen Arbeiten bestimmen. Die Genehmigung kann versagt werden, soweit dies zum Schutz der Kulturdenkmale erforderlich ist. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die zuständige Denkmalschutzbehörde nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der vollständigen Antragsunterlagen bei der Denkmalschutzbehörde einen Bescheid erlassen hat.

(5) § 7 Abs. 3, §§ 10 und 12 gelten entsprechend. § 11 gilt für den Schutzgegenstand des Denkmalbereichs entsprechend.

Prof. Dr. Jörg Haspel

sprachlicher Abgleich mit den Ausführungen und Definitionen in § 1 und § 5;
in Absatz 2 die Regelung für Welterbestätten auf **Welterbekandidaturen** ausweiten

Manfred Finke

Von wem geht die Initiative zur Einrichtung eines Denkmalbereichs aus?

§ 20

Erlass von Verordnungen über Denkmalbereiche und Welterbestätten

(1) Vor Erlass einer Verordnung aufgrund § 19 sind die Behörden und öffentlichen Planungsträger zu beteiligen, deren Aufgabenbereich durch die Verordnung berührt wird. Diesen Beteiligten soll für die Abgabe einer Stellungnahme eine Frist von zwei Monaten gesetzt werden. Verspätet eingegangene Stellungnahmen werden nicht mehr berücksichtigt, es sei denn, die vorgebrachten Belange waren der obersten Denkmalschutzbehörde bereits bekannt oder hätten ihr bekannt sein müssen oder sind für die Rechtmäßigkeit der Entscheidung von Bedeutung.

(2) Der Entwurf der Verordnung ist mit einer Begründung versehen auf die Dauer eines Monats in den amtsfreien Gemeinden und Ämtern, in deren Gebiet der Denkmalbereich oder das Grabungsschutzgebiet liegt, öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sind durch die betroffenen amtsfreien Gemeinden und Ämter mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen mit dem Hinweis darauf, dass Anregungen bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der obersten Denkmalschutzbehörde vorgebracht werden können.

(3) Die oberste Denkmalschutzbehörde prüft die fristgemäß vorgebrachten Anregungen und führt einen Erörterungstermin durch oder teilt das Ergebnis den Beteiligten, die Stellungnahmen abgegeben haben, schriftlich mit.

(4) Die Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs ist in der Verordnung

1. im einzelnen zu beschreiben oder

2. grob zu beschreiben und zeichnerisch in Karten darzustellen, die

a) als Bestandteil der Verordnung im Gesetz- und Verordnungsblatt abgedruckt werden oder

b) bei den zuständigen Denkmalschutzbehörden, den betroffenen amtsfreien Gemeinden und Ämtern eingesehen werden können; diese Stellen haben Ausfertigungen der Karten aufzubewahren. Die Karten müssen mit hinreichender Bestimmtheit erkennen lassen, welche Grundflächen zum Geltungsbereich gehören; im Zweifel gelten die Flächen als nicht betroffen.

(5) Denkmalbereiche und Grabungsschutzgebiete, die vor dem 31. Dezember 2008 durch Verordnung festgelegt wurden, gelten bis zu einer Neuregelung aufgrund dieses Gesetzes in seiner ab 31. Dezember 2008 geltenden Fassung unverändert fort.

(6) Abweichend von § 62 des Landesverwaltungsgesetzes gelten Verordnungen über Denkmalbereiche und Grabungsschutzgebiete unbefristet.

(7) Die Träger der Welterbestätten haben integrierte Planungs- und Handlungskonzepte in Form von Managementplänen im Sinne der Richtlinien für die Durchführung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt in ihrer Fassung vom 2. Februar 2005 (<http://whc.unesco.org/en/guidelines>) aufzustellen und fortzuschreiben. Die Managementpläne enthalten die Ziele und Maßnahmen, mit denen der Schutz, die Pflege und Nutzung der Welterbestätten

<p>verwirklicht werden soll. Sie benennen die Schutzmaßnahmen durch Gesetze, sonstige Vorschriften und Verträge, die Festlegung von Grenzen für wirksamen Schutz der Welterbestätten, die Grenzen und Festsetzungen der Pufferzone, die Organisation der Welterbestätte und deren Einbindung in das Verwaltungssystem sowie das Konzept für die nachhaltige Nutzung. Kommt der Träger einer Welterbestätte seiner Verpflichtung zur Aufstellung oder Fortschreibung des Managementplans auch nach einer von der oberen Denkmalschutzbehörde gesetzten angemessenen Frist nicht nach, wird der Managementplan ersatzweise von der oberen Denkmalschutzbehörde erstellt oder fortgeschrieben. Managementpläne werden von der obersten Denkmalschutzbehörde an das Welterbezentrum weitergeleitet.</p>	
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	<p>„(4) Die Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs ist in der Verordnung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zu beschreiben und zeichnerisch in Karten darzustellen und 2. kann als Bestandteil der Verordnung im Gesetz- und Verordnungsblatt abgedruckt und bei den zuständigen Denkmalschutzbehörden eingesehen werden.“
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	<p>„(7) Die Träger der Welterbestätten... im Sinne der Richtlinie für die Durchführung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt in ihrer aktuell gültigen Fassung...“;</p> <p>außerdem auch die Verpflichtung der Denkmalbehörden zur Förderung und Unterstützung bei der Erstellung von Managementplänen fixieren</p>
<i>Manfred Finke</i>	Absatz 7 kürzer fassen
<p>§ 21 Schatzregal</p>	
<p>(1) Bewegliche Kulturdenkmale, die herrenlos sind, oder die so lange verborgen gewesen sind, dass ihre Eigentümerinnen oder Eigentümer nicht mehr zu ermitteln sind, werden mit der Entdeckung Eigentum des Landes, wenn sie bei staatlichen Nachforschungen oder in Grabungsschutzgebieten im Sinne des § 19 Abs. 3 entdeckt werden, oder wenn sie einen hervorragenden wissenschaftlichen Wert besitzen. Die Finderin oder der Finder hat Anspruch auf eine angemessene Belohnung. Über die Höhe entscheidet die oberste Denkmalschutzbehörde.</p> <p>(2) § 16 findet keine Anwendung.</p>	
<i>Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes</i>	<p>„(1)... wenn sie bei staatlichen Nachforschungen, unerlaubten Nachforschungen und Ausgrabungen oder in Grabungsschutzgebieten im Sinne des § 19 Abs. 3 entdeckt werden, oder wenn sie einen wissenschaftlichen Wert besitzen.“</p>
<p>§ 22 Beschränkung der wirtschaftlichen Nutzung</p>	
<p>Die obere Denkmalschutzbehörde kann die wirtschaftliche Nutzung eines Grundstücks oder eines Grundstückteils beschränken, in dem sich eingetragene Kulturdenkmale befinden. Die Beschränkung ist auf Ersuchen der oberen Denkmalschutzbehörde im Grundbuch einzutragen.</p>	

<i>Gemeinde Helgoland</i>	lehnt diese Verschärfung ab
<i>Bauernverband</i>	Begriff der Zumutbarkeit aufnehmen
<i>Manfred Finke</i>	dieser Paragraf ist kaum praxisrelevant
<i>Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	Beschränkung der wirtschaftlichen Nutzung durch die oberste Denkmalschutzbehörde und nur unter besonderen Voraussetzungen und begrenzt auf das erforderliche Maß
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	§ 22 streichen
<p>§ 23 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. einer Verordnung, die aufgrund dieses Gesetzes erlassen wurde, zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist, 2. der Mitteilungs- und Anzeigepflicht der §§ 9, 14 Abs. 1 und den Pflichten des § 12 zuwiderhandelt, 3. die in §§ 7 und 10 Abs. 1 bezeichneten Handlungen ohne Genehmigung vornimmt, soweit diese Handlungen nicht nach § 24 mit Strafe bewehrt sind, 4. ein Kulturdenkmal, dessen Ablieferung gemäß § 16 verlangt worden ist, beiseite schafft, beschädigt oder zerstört, 5. Maßnahmen durchführt, die der Beschränkung der wirtschaftlichen Nutzung nach § 22 zuwiderlaufen. <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro, in besonders schweren Fällen bis zu zweihundertfünfzigtausend Euro geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die Landrätinnen oder Landräte und die Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister der kreisfreien Städte.</p>	
<i>Städteverband und Landkreistag, Kreis Rendsburg-Eckernförde</i>	Ergänzung: „ Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entdeckte Funde oder die Fundstätte nicht nach § 14 Absatz 2 in unverändertem Zustand erhält. “
<i>Bauernverband</i>	lehnt eine Verschärfung ab und plädiert für bisherige Bußgeldbewehrung

**§ 24
Straftaten**

(1) Wer

1. ohne die nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 erforderliche Genehmigung vorsätzlich ein Kulturdenkmal beschädigt oder zerstört oder

2. ohne die nach § 18 Abs.1 erforderliche Genehmigung

a) archäologische Methoden anwendet, die geeignet sind, Kulturdenkmale aufzufinden, oder

b) Mess- und Suchgeräte verwendet, die geeignet sind, Kulturdenkmale aufzufinden, ohne dazu nach anderen Rechtsvorschriften befugt zu sein oder

c) Grabungen oder taucherische Bergungen durchführt, ohne dazu nach anderen Rechtsvorschriften befugt zu sein oder

d) ein durch Grabung oder taucherische Bergung zu Tage getretenes Kulturdenkmal ganz oder teilweise in Besitz nimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.

(2) Die zur Begehung einer Tat nach Absatz 1 Nr. 2 verwendeten Geräte sowie die bei ihrem Einsatz aufgefundenen Kulturdenkmale sollen eingezogen werden. Durch die Tat erlangte Vermögensvorteile sind einzuziehen.

<i>Gemeinde Helgoland</i>	lehnt die Einführung des Straftatbestandes als unverhältnismäßig ab
<i>Bauernverband</i>	lehnt die Regelung als zu weit gehend ab
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Städteverband und Landkreistag</i>	Absatz 1 Ziffer 1 streichen
<i>Kreis Rendsburg-Eckernfö.</i>	„(1) Wer 1. ohne die nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 erforderliche Genehmigung vorsätzlich ein Kulturdenkmal vernichtet oder 2. ohne die...“
<i>Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	in Absatz 1 Nr. 2 a und b die Tatbestände näher konkretisieren
<i>Manfred Finke</i>	fordert deutliche Erhöhung der Bußgelder

§ 25**Enteignung**

(1) Bewegliche Kulturdenkmale können enteignet werden, wenn auf andere Weise eine Gefahr für ihre Erhaltung nicht zu beseitigen ist. Das gilt auch, wenn die Gefahr besteht, dass Sammlungen durch Aufteilung oder, wenn ihre Bedeutung heimatgeschichtlich oder landschaftlich bedingt ist, durch Überführung in eine fremde Landschaft entwertet werden.

(2) Unbewegliche Kulturdenkmale und die sie umgebenden und zu ihrer Sicherung notwendigen Grundflächen können außer unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 enteignet werden, wenn die angemessene Erhaltung des Kulturdenkmals und die Gestaltung der es umgebenden Grundflächen auf andere Weise nicht durchzuführen ist.

(3) Das Enteignungsverfahren wird auf Antrag der zuständigen Denkmalschutzbehörde durchgeführt. Befindet sich das Kulturdenkmal im Eigentum einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einer rechtsfähigen Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, sind die Entscheidungen im Einvernehmen mit der für die Eigentümerin zuständigen Aufsichtsbehörde zu treffen. Die Enteignung erfolgt zugunsten des Landes, eines Kreises oder einer Gemeinde.

(4) Enteignungsbehörde ist das Innenministerium.

(5) Für die Enteignung von Kulturdenkmälern oder damit verbundenen Rechten finden die §§ 93 bis 122 des Baugesetzbuches entsprechende Anwendung, soweit dieses Gesetz keine anderweitige Regelung enthält. Bei der Enteignung von beweglichen Kulturdenkmälern ist zur Ermittlung der Entschädigung ein Gutachten einer oder eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen einzuholen. Der Enteignungsbeschluss muss außerdem den zur Herausgabe nach dem Eintritt der Rechtsänderung Verpflichteten und die Höhe der Entschädigung mit der Angabe, von wem und an wen sie zu leisten ist, bezeichnen. Der im Enteignungsbeschluss geregelte neue Rechtszustand tritt anstelle des bisherigen Rechtszustandes, sobald der Enteignungsbeschluss unanfechtbar geworden ist. Der neue Rechtszustand tritt auch ein, wenn über die Höhe der Entschädigung noch gestritten wird. Soll nach dem Inhalt des Enteignungsbeschlusses die oder der Enteignungsbegünstigte den Besitz an der Sache erhalten, haben die Eigentümerinnen oder Eigentümer und Besitzerinnen oder Besitzer ihr oder ihm die Sache mit Eintritt der Rechtsänderung herauszugeben. Gegen den Enteignungsbeschluss ist der Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten eröffnet. Soweit Entschädigungsgrund und -höhe angefochten werden sollen, ist die ordentliche Gerichtsbarkeit zuständig. Die Beschreitung des Rechtsweges steht den Beteiligten innerhalb eines Monats nach Zustellung des Beschlusses zu.

<i>Manfred Finke</i>	dieser Paragraph ist kaum praxisrelevant
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	§ 25 streichen
<i>Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	Beschränkung der Enteignungsmöglichkeit auf Kulturdenkmale von überwiegender Bedeutung; Absatz 5 Satz 5 streichen
<i>Prof. Dr. Jörg Haspel</i>	die Durchführungsvorschriften für die Enteignung von Kulturdenkmälern und die Entschädigung (Absatz 5) besser in der Ausführungsverordnung regeln

§ 26

Entschädigung bei Beschränkung des Eigentums

(1) Für die Beschränkung des Eigentums (§ 22 Abs. 2) haben die Begünstigten den Eigentümerinnen oder Eigentümern oder anderen Berechtigten eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten; dies gilt auch, soweit eine Entscheidung nach § 7 enteignend wirkt. Dabei ist die Entziehung der Nutzung, die Beschädigung oder Zerstörung einer Sache unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu berücksichtigen. Für entgangenen Gewinn und für sonstige Vermögensnachteile, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Entzug der Nutzung stehen, ist den in Satz 1 bezeichneten Personen eine Entschädigung zu zahlen, wenn und soweit dies zur Abwendung oder zum Ausgleich unbilliger Härten geboten erscheint.

(2) Dinglich Berechtigte, die durch die Einwirkung in ihren Rechten betroffen werden, sind, soweit sie nicht als andere Berechtigte bereits nach Absatz 1 entschädigt werden, nach Maßgabe der Artikel 52 und 53 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch auf die Entschädigung der Eigentümerin oder des Eigentümers angewiesen.

(3) Ein Anspruch auf Entschädigung besteht nicht,

1. soweit die Beschränkung der wirtschaftlichen Nutzung nicht über das zumutbare Maß hinausgeht,

2. soweit Entschädigungsberechtigten infolge der Einwirkungen Vermögensvorteile erwachsen oder sie diese bei gehöriger Sorgfalt in zumutbarer Weise hätten ziehen können.

(4) Hat bei der Entstehung des Vermögensnachteils ein Verschulden der Entschädigungsberechtigten mitgewirkt, gilt § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sinngemäß.

(5) Über die Entschädigung ist zumindest dem Grunde nach in Verbindung mit dem die Entschädigungspflicht auslösenden Verwaltungsakt durch die zuständige Denkmalschutzbehörde zu entscheiden. Zur Leistung der Entschädigung ist der begünstigte Träger der öffentlichen Verwaltung verpflichtet, dessen Behörde den enteignenden Verwaltungsakt erlassen hat.

<i>Bauernverband</i>	Tatbestände für finanziellen Ausgleich für unverhältnismäßige Eigentumsbeschränkungen/unzumutbare Belastungen aufgrund des Gesetzes definieren (wie § 48 Landesnaturschutzgesetz) und Absatz 1 Satz 3 streichen
<i>Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes</i>	<p>„(1) Beschränkungen des Eigentums, die sich durch oder aufgrund von Vorschriften dieses Gesetzes ergeben, müssen unverhältnismäßige oder gleichheitswidrige Belastungen des Eigentümers real vermeiden und schutzwürdigem Vertrauen angemessen Rechnung tragen. Die Privatnützigkeit des Eigentums muss so weit wie möglich erhalten werden.</p> <p>(2) Mit einem die Eigentumsbeschränkung aktualisierenden Verwaltungsakt muss zugleich über einen Ausgleich entschieden werden; bei finanzieller Kompensation ist zumindest dem Grunde nach über das Bestehen des Anspruchs zu entscheiden.</p> <p>(3) Finanzielle Kompensation ist zu leisten, wenn</p> <p>1. eine bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung nicht mehr fortgesetzt werden kann,</p>

	<p>2. eine beabsichtigte Nutzung, die sich objektiv anbietet, unterbunden wird, 3. Aufwendungen an Wert verlieren, die für die beabsichtigten, bisher rechtmäßigen Nutzungen in schutzwürdigem Vertrauen darauf gemacht wurden, dass diese rechtmäßig bleiben, oder 4. die Lasten und Bewirtschaftungskosten einer Nutzung auch in absehbarer Zukunft nicht durch Erträge und andere Vorteile ausgeglichen werden können. (4) Zu kompensieren ist der volle Wert des Genommenen.“</p>
<i>Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</i>	<p>in Absatz 1 Satz 1 den Begriff „die Begünstigten“ konkretisieren; „(3) Ein Anspruch auf Entschädigung besteht nicht, 1. soweit die Beschränkung der wirtschaftlichen Nutzung nicht über deren bisher übliches Maß hinausgeht...“</p>
<p>§ 27 Gebührenfreiheit</p>	
Entscheidungen und Eintragungen nach diesem Gesetz sind gebührenfrei.	
<p>§ 28 Verträge mit den Kirchen</p>	
Von diesem Gesetz abweichende Regelungen in dem Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den evangelischen Landeskirchen vom 23. April 1957 (GVOBl. Schl.-H. S.73) sowie in Staatskirchenverträgen bleiben unberührt.	
<i>Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche</i>	<p>„Von diesem Gesetz abweichende Regelungen in Staatskirchenverträgen bleiben unberührt. Dies gilt auch gegenüber der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche als Rechtsnachfolgerin der evangelischen Landeskirchen. § 7 Abs. 1 findet auf in das Denkmalsbuch eingetragene Kulturdenkmale, die im Eigentum einer Kirche stehen, keine Anwendung. Maßnahmen nach § 7 Abs. 1 werden die Kirchen nur im Benehmen mit der oberen Denkmalschutzbehörde vornehmen.“</p>
<i>Erzbistum Hamburg</i>	den Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl aufnehmen
<i>Manfred Finke</i>	fordert eine Pflicht zum Einvernehmen zwischen der kirchlichen und der staatlichen Denkmalpflege
<p>§ 29 Inkrafttreten</p>	
Dieses Gesetz tritt am 31. Dezember 2008 in Kraft.	